

Hamburgr Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 21

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementpreis: M. 1,50 pro Quartal.
Vertrieb und Expedition: Hamburg 23,
Kloster-Graben-Str. 1. Fernr. 5, 6246.

Hamburg, den 24. Mai 1919

Anzeigen sollen die Hauptpostzeitung
entgeltlich oder deren Raum 10 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzuführen).
Verbandsangelegenheiten kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Wer für die Hebung und Verbesserung seiner Lebenslage ist, muß den Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes wollen. Nur eine starke Organisation verbürgt den Erfolg. Darum werbt neue Mitglieder!

An die organisierten Arbeiter aller Länder.

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erpressung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedensbedingungen“ herbeiführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden (Schlimmerer Krieg) dar, an Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Befreiung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Sklaven und Sklaven des allierten und assoziierten Kapitals der Westmächte gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Frankreich, Belgien und Polen sollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 25 pSt. unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die dritte Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedenvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschuldungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Sklaven der Kapitalisten der Westmächte. Für die nächsten 5 Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,88 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Forderungen werden unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegsführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit andern Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

* Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beschloß, zu den Friedensbedingungen der Entente diesen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschulkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bureaukraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefaßten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nicht als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Zugeständnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschutzes.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Bekämpfung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgeblieben zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Gerechtigkeit.

Wir leben in einer unruhigen Zeit. Gewalttätig ringen politische-wirtschaftliche Richtungen nach Existenzberechtigung und ein Herzwart von Sonderbestimmungen strebt bahnt sich zum Erfolge. Da bleibt die Gewalt nicht aus, und der Tod, der 4 Jahre so reiche Ernte gehalten, hat noch nicht ausgespielt.

Wir verurteilen die rohe Gewalt, die herrscht, wo sie zu herrschen nicht berufen ist, frohes Leben wollen wir und nicht den Tod. Und doch, wissen wir nicht, gerade wir, daß die Verhältnisse, unter denen wir leben, uns gemacht, die Verhältnisse, unter denen unsere Väter lebten, daß wir ein Produkt von Willen und Veranlagung sind? Und wissen wir nicht, daß 4 Jahre Krieg war, 4 Jahre aufreibendes Herzeleid, 4 Jahre schrecklicher Hunger? Und gibt da nicht, wenn ja, das tiefe Wort, daß alles verstehen alles vergehen heißt?

Wir sollen deshalb das alles nicht billigen, was uns in seiner Art zur Entzückung treibt, doch sollen wir, wenn die Wogen unserer Leidenschaft sich gelegt, wenn Felsenstimmung in unser Herz eingekehrt, fühlen: Auch du bist nicht ohne Sünde, daß du den Stein zu werfen das Recht hast, du fühlst ja an dir selber, was die uralte Natur vermag, das harte Schicksal, das soziale Los, wickelt unheilvoller Gesell der Hunger ist, und darum sollen gerade wir verzeihen, was wir nur zu gut alles verstehen können, als Proletarier.

Darum sollen wir aber auch mit vereinter Kraft, im geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfe streben zu einem Aufstieg aus diesen verhängnisvollen Verhältnissen heraus, streben zu einer wirtschaftlichen Besserung und sozialen Hebung. Dann, erst dann, schwindet mehr und mehr die Ursache zu allem, das man heute mit so leichtem Munde „schlecht“ nennt, und das Gute triumphiert, das Sittliche.

Siegerfrieden.

Den deutschen Unterhändlern sind in Versailles die Friedensbedingungen der Entente unterbreitet worden. Daß dem armen, niedergedrückten, aus tausend Wunden blutenden Deutschland harte Bedingungen auferlegt wurden, war schon aus den rücksichtslos beiseitegelassenen schweren Waffenstillstandsbedingungen zu erwarten. Daß sie aber mit dem ausgefuchtesten Raffinement die ganze wirtschaftliche und kulturelle Verwüstung eines großen Volkes zu erreichen suchen, darauf war kein noch gerecht denkender Mensch vorbereitet. Nach den bis jetzt bekanntgegebenen Friedensbedingungen wird Deutschland territorial gerissen, sämtlicher Kolonien beraubt, wirtschaftlich vernichtet und moralisch aufs tiefste gebemütigt. Nur brutale Gewalttätigkeit, ohne eine Spur von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, konnte ein solches „Friedensprogramm“ ausstüßeln.

Wie oft haben die führenden Staatsmänner der feindlichen Regierungen in ihren Reden versichert, die Entente kämpfe nur für das Recht und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nicht gegen das deutsche Volk, gegen seine Selbstständigkeit oder Vernichtung seiner Volkswirtschaft werde dieser Krieg geführt, sondern gegen den Militarismus, gegen die Regierung der Hohenzollern. Nun haben die vorstehenden Bedingungen gezeigt, was es mit diesen moralisierenden Reden und Wilsonschen Grundsätzen, mit dem Rechte und der Gerechtigkeit für eine Bewandnis hat. Alles Lug und Trug. Der Imperialismus der kapitalistischen, im Siegestaumei schwebenden Ententeregierungen verlangt eben die wirtschaftliche Erpressung und Verflüchtung eines ganzen Volkes, das ihm auf seinem Raubzug im Wege stand. Schon allein, was die Entente in finanzieller Hinsicht von Deutschland verlangt, ist so weit entfernt von dem Mindestmaß wirtschaftlicher Gerechtigkeit und der Kenntnis von Tatsachen, daß zur Erklärung dieser Forderungen nur die Annahme eines bösen Willens übrigbleibt. Ist doch wohl niemals einem Volke zugemutet worden, Verpflichtungen in unbekannter, erst am 1. Mai 1921 einseitig festzustellender Höhe einzugehen, wie solches bei der Vergütung aller durch Deutschland verursachten Schäden geschehen soll. Ebenso ungewis ist die Bewertung der zu zahlenden Milliarden, ob sie nach dem heutigen Stande der Mark oder nach der Friedensvaluta erfolgen soll, ein Unterschied von nicht weniger als 800 pSt.

Von welcher Seite man auch die Forderungen der Entente betrachten mag — sie gehen weder von staatsmännischen noch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Die schänen Deutschlands Reichum nach den papierenen Wert der Inflationisten und sie berrammeln selbst den Weg zur Arbeit, mit der das deutsche Volk seinen Verpflichtungen nachkommen will. Schlechte Rechenkünstler und noch schlechtere Staatsmänner können den Lauf der Welt nicht vorschreiben, noch weniger das Schicksal der Völker bestimmen. Die Geschichte lehrt das deutlich genug. Als Kartago nach dem zweiten punischen Kriege sich zu einem jährlichen Tribut von einer Million auf 60 Jahre verpflichten mußte — eine ungeheure Summe für jene Zeit —, alle außerafrikanischen Besitzungen an Rom abtrat und nicht mehr als 10 Kriegsschiffe halten durfte, da wurde zwar die römische Welt Herrschaft eingeleitet, aber zugleich auch ihr innerer Verfall. Wenn es der Entente gelingt, Deutschland für eine Zeit wirtschaftlich auszupressen, so werden deren europäische Glieder dem Schicksale des weltbeherrschenden Roms verfallen. Was dort die Optimatenwirtschaft hervorrief, schamlose Betrügereien, Ausbeutung des arbeitenden Volkes und schließlich dessen Empörung, das beforgt in den modernen Staaten die Hoffnungen! Und wenn schon die lumpigen 5 Milliarden Franken Kriegsschuldung Deutschland zum Unsegen gezeichnet, um wieviel größerer Unheil werden 100 und mehr Milliarden den Siegern bereiten? Wehe den Besiegten — aber auch wehe den Siegern!

Das deutsche Volk wird in Kürze vor seine entscheidende Existenzfrage gestellt werden. Es muß daher reiflich prüfen, ob es diesen Gewaltfrieden annehmen und seine Bedingungen erfüllen kann, oder ob es ihn ablehnen muß, weil es überzeugt ist, daß die Forderungen unerfüllbar sind. Auf jeden Fall ist sein Schicksal besiegelt.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben sich am 8. Mai mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk gewandt:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner 8 Monate lang den Krieg durch Ausrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 6. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Frieden des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen gegeben wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Ausübung aller Kräfte unersetzbar.

Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angelan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlaufe der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und beilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Befriedigung und Bereicherung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens. Die deutsche Volksgemeinschaft wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens bevorzugen. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volksteile ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird die Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserm Volke nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen; ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehöre jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Gerechtigkeit und des Rechts.

Jahresbericht des 2. Bezirks.

Der erhoffte Friede hatte zwar am Jahresabschluss seinen Einzug noch nicht gehalten und große Teile des Reiches, darunter auch 8 Filialen und mehrere Poststellen des 2. Bezirks, sind von den Heeren der Entente besetzt, so daß eine Verbindung mit ihnen mit allerlei Schwierigkeiten verknüpft ist, aber dem entgeglichen Vorkommen ist wenigstens durch den Waffenstillstandsvertrag Einhalt geboten worden. Immer bedrückender machten sich die Auswirkungen der langen Kriegsdauer geltend, und durch die sich unaufhaltsam aufwärtsbewegenden Preise der Lebensmittel und aller andern Gegenstände des täglichen Bedarfs wurde die Lage der Bevölkerung immer unträglicher. Als notwendige Folge dieser Preissteigerung konnte das Bestreben nach weiteren Lohnerböhrungen auch bei unsern Berufscollegen nicht ausbleiben.

Es waren zwei Bewegungen (Frühjahr und Herbst) erforderlich, um die Löhne den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Auch in den industriellen Betrieben waren unsere Kollegen entsprechend diesen Verhältnissen bestrebt, auf die Verbesserung ihrer Löhne konsequent hinzuwirken.

Die Geschäftslage bewegte sich, solange der Krieg noch anhält, in denselben Bahnen wie im vorhergehenden Kriegsjahre. Arbeitslose Kollegen waren so gut wie gar nicht vorhanden, ja, infolge der Abwanderung vieler Berufscollegen in die Industriebetriebe war zeitweise in einzelnen Lohngebieten ein Mangel an Gehilfen im Maschinenbau zu beobachten. Mit dem Eintritt der Demobilisation veränderte sich jedoch das Bild; das Heer der Arbeitslosen wuchs lawinenartig an, und das Jahresende fand vollständig unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit. Die vom Heeresdienst entlassenen Kollegen ausreißend zu unterstützen und sie dem Verbands wieder zuzuführen, war daher eine Hauptaufgabe. Der durch die Revolution eingezogene vorwärtsstrebende Geist übte auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen einen lebhaften Einfluß aus, der den Wiederaufbau des Verbandes außerordentlich günstig beeinflusste. Während in den ersten 3 Quartalen des Jahres nur 117 Mitglieder dem Verbands neu angeführt werden konnten, erklärten nach Ausbruch der Revolution 648 Kollegen ihren Beitritt. Besonders in den Filialen mit industriellen Betrieben, wie in Cassel, Frankfurt a. M. und Mainz, war der Andrang in den Verband außerordentlich lebhaft.

Die Zahl der Mitglieder, die zu Beginn des Jahres 1918 betrug, entwickelte sich bis Ende des 3. Quartals auf 1086, trotz weiterer Einberufung von 82 Mitgliedern zum Heeresdienst. Ein kleines Anzeichen der Aufwärtsbewegung war also bereits vorhanden, als der Krieg sein Ende fand und die Revolution ausbrach. Im 4. Quartal schloß sich die Mitgliederzahl bis zum Jahresabschluss auf 1100. Zum Heeresdienst einberufen wurden insgesamt 798, und zurückgemeldet haben sich bis zum Jahresabschluss 1918 104 Mitglieder. Als Leber des Krieges wurden im Jahre 1918 mehrere 22 Kollegen gemeldet; insgesamt sind es damit 182 Mitglieder, die bei diesem Vorkommen ihren Tod

gefunden haben. Doch erfährt diese Zahl noch nicht alle Opfer, und sie wird sich noch wesentlich erhöhen, wenn alle Meldungen hierüber vorliegen. Allen Gefallenen sei an dieser Stelle ein ehrendes Andenken ausgedrückt.

Die Beitragsleistung war bis zum Eintritt der Demobilisation außerordentlich stabil; im 4. Quartal konnte sie natürlich infolge des großen Zustroms von neuen Mitgliedern nicht mehr gleichen Schritt mit der eigentlichen Mitgliederzahl halten. Doch es fanden sich sehr bald pflichtbereite Kollegen, die die mühselige Arbeit der Beitragskassierung übernahmen, so daß eine geregelte Beitragsleistung sehr bald wieder stattfand.

Die am 1. April eingetretene Beitragserhöhung von 20 % (10 % Hauptklasse und 10 % Filialklassen) wurde von den Mitgliedern in der verständlichsten Weise als notwendig anerkannt und ohne jede Schwierigkeit durchgeführt.

Die Lohnbewegungen im Malergewerbe nahmen bereits zu Anfang des Jahres ihren Beginn. Die zentralen Verhandlungen am 7. und 8. Februar im Reichswirtschaftsamt zeigten eine weitere Teuerungszulage fest. Durch eine protokolllarische Erklärung ist weiter vereinbart worden, daß die Arbeitgeber auch über die festgesetzte Teuerungszulage hinaus freiwillig höhere Zulagen gewähren können. Es war also die Möglichkeit gegeben, in Lohngebieten mit über 100 000 Einwohnern mehr als 20 % und in Lohngebieten mit unter 100 000 Einwohnern mehr als 15 % Teuerungszulage die Stunde zu erhalten.

Die Arbeitgeber zeigten jedoch im allgemeinen nicht das gewünschte Entgegenkommen, sondern beschränkten sich mit Ausnahme von Frankfurt a. M., Hanau, Mainz und Offenbach zunächst auf die in Berlin festgesetzten Mindestsätze. Die Wiesbadener Unternehmer machten sogar geltend, daß für sie nur eine Teuerungszulage von 15 % die Stunde in Betracht kommen könne, da die Einwohnerzahl in Wiesbaden unter 100 000 gesunken sei. Diese Auffassung ließ jedoch außer Betracht, daß in dem Berliner Abkommen die Teuerungszulage nicht nach Städten, sondern nach Lohngebieten bemessen war, und da zum Lohngebiet Wiesbaden eine Anzahl größerer Orte gehören, so war der Einwand der Unternehmer hinfällig und sie nahmen dann auch von ihm Abstand. Im Laufe der weiteren Verhandlungen erklärten sie sich zur Zahlung einer Zulage von 22 % bereit. Auch in Worms erhöhten die Unternehmer am 1. Juni bei der Auszahlung der zweiten Rate der Teuerungszulage diese um 5 %. Vollständig ablehnend auf das Ersuchen um eine höhere Teuerungszulage verhielten sich die Unternehmer von Cassel, Darmstadt und Höchst. Die Zahlung der ersten und zweiten Rate der Teuerungszulage erfolgte allgemein ohne Schwierigkeiten. Für das Lohngebiet Coblenz, das zum Gebiet des Westdeutschen Malermeisterverbandes gehört, mit dem am 18. Februar ein gleiches Abkommen wie in Berlin getroffen wurde, kam die gleiche Zulage von 10 und 5 % in Betracht. In Mainz und Trier, wo örtliche Tarifverträge bestehen, wurde ebenfalls eine weitere Teuerungszulage in entsprechender Höhe vereinbart.

Schon bei dem Vorkommen der zweiten Rate der Teuerungszulage machte sich die anhaltende weitere Teuerung außerordentlich fühlbar und das Verlangen nach weiterer Erhöhung der Löhne wurde im Laufe der Zeit immer stärker. Doch die von den Gewerkschaften beantragte Verhandlung kam erst am 8. November zustande. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war beinahe die Verlängerung des Reichstarifs bis zum 15. Februar 1920 und die Gewährung einer weiteren Teuerungszulage von 30 bezw. 26 %. Unter Umständen an die Landesverbände der Arbeitgeber in Hessen und Hessen-Nassau ging dabei die erste Rate der Teuerungszulage bereits am 15. November mit 5 % Erhöhung in allen Orten in Kraft treten zu lassen. Diesem Ersuchen traten jedoch nur die Frankfurter Unternehmer bei. In allen übrigen Lohngebieten gelangte die Zulage erst vom 1. Dezember an nach den in Berlin vereinbarten Sätzen zur Auszahlung.

Als erster Erfolg der Revolution auf sozialem Gebiet folgte die Verordnung vom 23. November, die für alle gewerblichen Arbeiter den Achtstundentag mit entsprechendem Lohnausgleich festsetzte. In den industriellen Betrieben wurden auch sofort die Maßnahmen zur praktischen Durchführung dieser Verordnung getroffen, jedoch zeigten die Unternehmer im Maler- und Weißbindergerberlei keine Neigung, dem Gesetz Rechnung zu tragen. Sie beriefen sich auf die zentrale Regelung dieser Frage und ließen sich auf keine weiteren Verhandlungen hierüber ein.

In der Waggonfabrik Crede & Co. in Cassel traten die Kollegen im Laufe des Jahres zweimal in eine Lohnbewegung ein, die jedesmal mit einer Erhöhung der Löhne ihren Abschluß fand. In einer generellen Regelung der Verhältnisse, wie beantragt, ließ sich die Firma noch nicht herbei.

In den Adlerwerken zu Frankfurt a. M. verlangten die Radierer der Autoabteilung im Juni eine Erhöhung der Akkordpreise. Die Direktion ließ sich jedoch nach längerer Verhandlung nur zur Gewährung einer weiteren Teuerungszulage herbei, mit der sich die Kollegen zunächst zufrieden gaben.

Bei der Firma Vogt & Häffner und den Bellmerwerken in Frankfurt a. M. wurden im Laufe des Jahres zweimal weitere Teuerungszulagen gewährt. In einigen andern industriellen Betrieben Frankfurts, wo einzelne Kollegen beschäftigt waren, wurden ebenfalls weitere Teuerungszulagen durchgeführt.

In der Waggonfabrik von Gebr. Saffell in Mainz-Nombach kamen die im Laufe des Jahres 1917 begonnenen Verhandlungen über die Neuregelung der Akkordpreise zum Abschluß. Das Ergebnis der sehr langwierigen Verhandlungen konnte die Kollegen in keiner Weise befriedigen, jedoch hat die Interesslosigkeit eines Teiles der im Betriebe beschäftigten Kollegen diesen unbefriedigenden Ausgang sehr beeinflusst. Auch in diesem Betriebe wurden die Teuerungszulagen im Laufe des Jahres erhöht.

Recht intensiv waren die Radierer der Delwerke in Kasselshcim bestrebt, die aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Mängel und Schäden zu beseitigen und ihre Verhältnisse zu verbessern. In verschiedener Art stellten sie ihre Anträge an die Direktion, die teils durch Verhandlungen mit einer Kommission der Radierer oder unter

Zuzugewehrung eines Verbandsvertreters ihre Befriedigung fanden. Die Teuerungszulagen wurden auch in diesem Betriebe im Laufe des Jahres erhöht.

Die organisatorische Ausbreitung des Verbandes war wie in den Vorjahren unter der Einwirkung des Krieges auch in den ersten 10 Monaten des Berichtsjahres nur in beschränktem Umfang möglich. Dagegen bot sich reichlich Gelegenheit, die Verbindung mit den Kollegen im Heeresdienst der Organisation nutzbar zu machen. Die Fühlung, die mit den Kollegen im Heeresdienst durch die Filialen und die Beitragsleistung während des Krieges hergestellt wurde, erwies sich beim Wiederaufbau der Filialen und Poststellen als außerordentlich nützlich.

Ueber die Zahl der kriegsbeschädigten läßt sich immer noch kein abschließendes Bild machen. Solange nicht alle Truppenteile demobilisiert und die in Gefangenschaft geratenen nicht alle zurück sind sowie über die Vermissten nicht vollständige Klarheit herrscht, ist es nicht möglich, über alle Opfer des Krieges einen zahlenmäßigen Überblick zu geben.

Die Ernährungsfrage war in den Sitzungen und Versammlungen wiederholt Gegenstand eingehender Erörterung. Doch alle Versuche, eine nennenswerte Besserung zu erzielen, konnten kein befriedigendes Resultat bringen, da das Hauptübel, die Lebensmittelmangel, auch durch eine bessere Organisation der Verteilung nicht beseitigt werden konnte. Alle Versuche unsererseits, diese oder jene Gruppe von Kollegen in die Kategorie der Schwer- oder Schwerstarbeiter zu bringen, konnten daher immer nur eine kleine Besserung schaffen.

Die Arbeitsvermittlung war während der Kriegszeit sehr beschränkt; nach der Demobilisation hatten die Arbeitsnachweise jedoch eine riesige Arbeit zu bewältigen, um die Unterfütterung der Arbeitslosen nach den Grundsätzen der Reichsverordnung zu regeln. Unsere nach bestehenden Verbandsnachweise in Cassel, Frankfurt und Mainz stellten ihre Tätigkeit ein, nachdem die städtischen Arbeitsnachweise im paritätischen Sinne verwaltet und zum Teil besondere Fachabteilungen für unser Gewerbe errichtet hatten. Am Jahresabschluss wurden 815 Arbeitslose in den Filialen festgehalten, jedoch war ihre Zahl größer, da die auswärts wohnenden Kollegen bei der Fählung nicht voll erfasst werden konnten.

Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung bedurfte einer umfassenden Organisation bei den städtischen Arbeitsnachweisen, um den großen Andrang der Arbeitslosen zu bewältigen. In Frankfurt a. M. wurde die Auszahlung der städtischen Arbeitslosenunterstützung für die organisierten Personen den gewerkschaftlichen Verbänden übertragen. Unsere Frankfurter Filiale hatte dadurch eine große Arbeit zu bewältigen. In der Zeit vom 25. November bis 30. Dezember zahlte sie M. 85 000 an Unterstützung auf Rechnung der Stadt aus. In den Landgemeinden entschloß man sich teilweise nur sehr langsam und oftmals erst auf Drängen und Einweisen der Arbeiter zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeitsbeschaffung mußte nach Beendigung des Krieges in der intensivsten Weise gefördert werden. In zahlreichen Eingaben und durch persönliches Vorgesprechen bei den städtischen und staatlichen Behörden verlangten manche zurückgestellten Arbeiter zur Ausführung deren Wirkung sah, natürlich erst im Jahre 1919 etwas mehr erfolgen läßt.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten nahm der Bezirksleiter an 89 Sitzungen und Versammlungen, 7 Revisionen, 8 Verhandlungen mit den Unternehmern teil, erledigte in 11 Fällen sonstige geschäftliche Angelegenheiten in den Filialen und war an 15 Tagen durch zentrale Verhandlungen und Beiratsitzungen in Anspruch genommen. — Die Postausgänge beliefen sich auf 1888 und die Posteingänge auf 644.

Ein bedeutendes Jahr liegt hinter uns; das Vorkommen ist vorbei, es geht dem Frieden entgegen. Möge er bald kommen, damit das Wirtschaftsleben wieder in Fluß kommt und die Erfolge der Revolution auch wirtschaftlich befestigt werden können. Brot, Arbeit und Frieden sind es, was die deutsche Arbeiterschaft bringen benötigt! Wenn jeder einzelne von dem Geiste des soldatischen Handelns durchdrungen ist und Einigkeit und Geschlossenheit auch für die Zukunft die Grundlage für alle Aktionen der organisierten Arbeiterschaft bilden, so wird und muß es gelingen, die großen Aufgaben, die uns bevorstehen, zu lösen!

Frankfurt a. M.

J. Zimmermann.

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. Am 26. April fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung der Filiale statt, die sich mit dem Geschäfts- und Kasienbericht vom 1. Quartal, der Stellungnahme zum 16. Verbandstage in Bayreuth, der Aufstellung der Kandidaten sowie mit den weiteren Lohnerböhrungen zu beschäftigen hatte. Kollege Müller teilte zum ersten Punkt der Tagesordnung mit, daß auch weiterhin der Zustrom zum Verbands ungehalten habe, so daß eine erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen sei. Von 1069 am Schlusse des Jahres 1918 habe sie sich auf 1874 erhöht. Neuaufnahmen wurden 428 im 1. Quartal gemacht. Die Beitragsleistung aber habe nicht gleichen Schritt gehalten und müsse daher in der nächsten Zeit nachgeholfen werden. Die Gesamteinnahmen betrugen M. 32 645,66 und die Gesamtausgaben M. 19 108,58. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ausgegeben M. 4 679, an Krankenunterstützung M. 3 214,75. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt.

Ueber die Anträge zum Verbandstage referierte Kollege Aulh, der einleitend bemerkte, daß des furchtbaren Krieges wegen erst nach einer langen Periode wieder ein Verbandstag — die höchste Instanz unseres Verbandes — stattfinden könne, der aber der veränderten Verhältnisse halber von außerordentlicher Wichtigkeit für unsere Organisation sein werde. Davon zeuge auch schon der Entwurf, den Vorstand und Beirat ausgearbeitet hätten. Anerkannt müsse werden, daß man bemüht gewesen sei, dem Geiste der neuen Zeit Rechnung zu tragen, indem man demokratische Reformen vorgenommen habe. Aber auch die Unterfütterungseinrichtungen

wolle man auf eine neue Grundlage stellen und die Höhe dem gemeinsamen Geldwert entsprechend erhöhen. Das man dabei um eine Erhöhung der Beiträge nicht herumkomme, sei wohl allen Kollegen erklärlich. Zum Schluß spricht Kollege Kuth die Hoffnung aus, das in Mrburg Beschlüsse gefaßt werden, die im Interesse unseres Verbandes und damit der Hauptarbeiterschaft liegen. In der Diskussion erhob Kollege Schttig die schmerzlichen Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsführer im allgemeinen und die unseres Verbandes jenseitig gegen die von ihnen getriebene Politik, indem er behauptet, das die Massen bei Kriegsausbruch von den Führern verraten und verkauft worden seien. Er legt darauf eine Diskussion vor, in welcher er vom 18. Verhandlungstag erwartet, das er sich auf dem Boden des konsequenten Klassenkampfes stellt und das auch zum Gewerkschaftskongreß, zum Verbandsverband usw. nur solche Kollegen gewählt werden, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. Weiter verlangte er in seiner Resolution, das der Redaktion des „Vereinsanzeiger“ ein Mißtrauensvotum ausgedrückt werde, da die von ihr verfolgte Politik nicht im Interesse der Kollegen gelegen sei. Im dritten Teil appellierte er an die Kollegen, nur solche Vertreter nach Mrburg zu schicken, die im obigen Sinne handeln. Kollege Wchner wünschte, das dem Zusammenschluß aller Branchen des Bauhandwerks näher getreten werde und die Einigkeit in den Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig sei. Der Wichtigkeit des letzten Punktes der Tagesordnung wegen wurde von einer weiteren Diskussion Abstand genommen und bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bei der nun stattfindenden Abstimmung wurde der erste Teil der Resolution Schttig angenommen, während der zweite Teil, das Mißtrauensvotum für den „Vereinsanzeiger“ enthaltend, abgelehnt wurde. Der dritte Teil wurde durch die Auffassung der Kandidaten für gegenstandslos erklärt.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Zimmermann ein Bild vom Stand der Lohnbewegung. Da die Bestimmung des Lohnens vom 9. November 1918 eine weitere Erhöhung der Löhne bei Fortdauer der Lsuerung zulassen, so habe bereits eine Vertrauensmnnerkonferenz beschlossen, an die Arbeitgeber jenseitig Erhöhung der Löhne und Gleichstellung mit den Bauarbeiterlhnen heranzutreten. In einem Schreiben an den Vorstand der Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes sei auf die Dringlichkeit hingewiesen und da sich anscheinend die zentralen Verhandlungen verzögern, um Angabe des Zeitpunktes ersucht, an welchem örtliche Verhandlungen stattfinden könnten. Von den Arbeitgebern wurden solche für den 29. April zugesagt, wenn sich der Hauptvorstand der Arbeitgeber für weitere Verhandlungen entscheidet. Eine Reihe Diskussionsteilnehmer war der Ansicht, das unbedingt an den Sätzen der Bauarbeiter festgehalten sei, eventuell könnten nur höhere für uns in Betracht kommen. Nachdem noch eine viergliedrige Verhandlungskommission gewählt worden war, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Mrburg a. d. D. Anfangs März dieses Jahres vereinigten sich auf Anregung unseres jetzigen Obmannes, Kollegen Hermann Rndler, die hiesigen Kollegen zum Beitritt in den freien Arbeiterverband. Da es uns an jeglichem Aufklärungsmaterial fehlte, wandten wir uns an Kollegen Müller-Mrberg, der uns erst schriftliche Anweisungen gab und unsere Aufnahme zur dortigen Filiale bot. Am 20. März 1919 kam Kollege Fr. Müller nach Mrburg, referierte bei uns und gab uns die notwendigen Aufklärungen. Da von den hier ansässigen 15 Kollegen, worunter sich noch 6 unbeschftigte befanden, keiner ausshlo, konnten wir geschlossen gegen die noch hier gehlften Hungerlöhne von 70 bis 80 S. pro Stunde Stellung nehmen. Wie stellen den 8 hiesigen Wohnen unsere Forderungen und erklärten sie, am Freitag, 4. April, in unserem Vereinslokal zu Unterhandlungen zu erscheinen. 6 davon stellten sich zu den Verhandlungen ein und gerade die 2 groeren Geschäfte hatten sich nicht ausgeschloen, auch die 2 nicht erschienenen Meister unterschrieben nachträglich unsern Lohnzettel. Damit dem Entgegenkommen der Meister wurde unser aufgestellter Tarif fast ohne Änderung angenommen. Danach beträgt der Stundenlohn jetzt für Gehilfen über 20 Jahre M. 1,80, für Gehilfen unter 20 Jahren M. 1,15. Für Ausgelernte soll er im ersten Gehilfenjahr nicht unter 80 S. betragen. Die Arbeitzeit beträgt während 48 Stunden. Im weiteren ist die Regelung für Lebensstunden, Sonntags- und Bandarbeit vorgesehen. Akkordbarbeit darf nicht geleistet werden. Der Vertrag hat, sofern nicht weitere Regelung der Lebensmittel und sonstiger notwendiger Bedarfsartikel eintritt, bis 1. April 1920 Gültigkeit. Whrendstert ist noch, das Gehilfen durch unsere Verbandsleitung vermittelt werden und gleich in der ersten Woche nach Abschluß des Tarifs sämtliche Kollegen untergebracht hatten. Zurzeit sind wir 17 Mitglieder, 2 sind nach auswärts zur Arbeit vermittelt worden. Um bei Bedrben und andern Stellen die traurigen Grundnotwendigkeiten abschaffen zu können, veranstalteten wir unsere Meister, auch sich zu einer Vereinigung zusammenschließen und Einheitspreise festzusetzen, was anschliefend an unsere Verhandlungen geschah. Um gar zu hohe Preisstellungen, die zum Schlue Arbeitsmangel für uns bringen würden, zu vermeiden, erwirkten wir uns das Recht der Mitkontrolle bei Aufstellung derselben. Die hiesigen Behörden wurden von unserer Verbandsleitung aufgefordert, Meisterarbeiten in öffentlichen Gebäuden zu beschaffen, damit für uns kein Arbeitsmangel eintritt. Sollten sie unsere Forderungen vergessen, so werden wir den nötigen Druck schon auszuen wissen. Zum Schlue wünschen wir, das alle Kollegen mit uns vereint arbeiten, fest und treu im Verbandszusammenschlu, um unsere Rechte zu fördern und möglichen, das unser Gewerbe wieder hochkommt und dessen Schäden ausgemerzt werden.

In Schöningen, einer Kleinstadt Brannschweigs, in welcher die industrielle Arbeiterschaft schon seit langem das Banner der modernen Gewerkschaftsbewegung und des Sozialismus vorantrzt, ist es uns erneut gelungen, eine Bahnhlle ins Leben zu rufen. Voller Scheiteren früher alle Versuche, auch für unsere Ideen in dem kleinen Schningener Boden zu gewinnen, an der Passivität der allein-gelassenen Kollegen. Doch hier haben nun der Sieges, vor allem aber die Unversndlichkeit des Vorworts es fertig gebracht, das Eis der Indifferenz zu brechen. Nun liegt es an Euch, Kollegen, selbst unser Banner auch den Berufs-kollegen, die noch zur Seite stehen, voranzutragen. Ght

hin und sagt es allen Kollegen, das es ihre Pflicht sei, sich nun endlich auf sich selbst zu besinnen, sich zu organisieren, anstatt den schnen Worten der Meister Glauben zu schenken, das sie alles im Interesse der Kollegen regeln wollen. Wenn auch bisher noch ein patriarchalisches Verhältnis zu erhalten versucht wird, so geschieht das stets nur auf Kosten der Gehilfen. Deshalb, Kollegen Schningens, erwacht! Schließt Euch alle der Organisation an, dann werdet auch Ihr es erreichen, das Eure Lohn- und Arbeitsbedingungen sich verbessern.

Eingefandt.

Organisationszerplitterer an der Arbeit.

Schon vor dem Kriege hatten wir eine Anzahl auch-Kollegen, deren Aufgabe darin bestand, unsere Organisationsbemhungen zu besmpfen und die leitenden Kollegen mit Schmutz zu besudeln. Für das Wohl der Kollegenschaft haben sie in keinem Falle auch nur das geringste geleistet. Es ist also nicht zu verwundern, das in der jetzigen Zeit solche Elemente wieder auftauchen in der Meinung, das jetzt ihr Weizen bluht. So verfenet eine Bleckschmiede des „Neuen Zentralverbandes der Maler in Leipzig“ zurzeit ein Flugblatt an unsere Kollegen im Lande. Es wird da Propaganda für den neuen Verband gemacht und zum Austritt aus unserer Organisation aufgefordert. Man würde den Leuten zu viel Ehre antun und ihre Unabhängigkeit überschätzen, wenn man auf die einzelnen bfaen eingehe wollte, die in dem Flugblatt niedergelegt sind: Es sei nur kurz darauf hingewiesen, das schon Marx sagte: „Die wirtschaftliche Entwicklung macht keine Sprünge.“ Und im kommunistischen Manifest heißt es nicht: „Proletariat aller Länder zerplittert Euch!“ Im übrigen verweisen wir auf den soeben in unserm „Vereins-Anzeiger“ Nr. 10 erschienenen Artikel von Ed. Bernstejn.

Kollegen! Diese Worte sind nur aus dem Grunde geschrieben, um die Zerplitterungsarbeit dieser Leute zu bekämpfen. Wer selbst Gelegenheit hatte, zu beobachten, wie zum Schaden der Arbeiterbewegung drei Richtungen bestanden (die Welben rechnen wir nicht), der muß zugeben, das unsere Hauptaufgabe nicht darin liegt, neue Organisationen zu gründen, sondern alle Kräfte zusammenzufassen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Es muß dieses um so mehr geschehen, weil die früheren Welben am meisten zum Spartaismus neigen. Aus alter Gewohnheit. Bei den Bergarbeitern sind es vielfach früher unorganisierte Elemente, die heute biktatorisch auftreten.

Der Schreiber dieses sagte einmal in einer Versammlung: „Htten unsere Heimkrieger während unserer Abwesenheit mehr ihre Pflicht getan, so wände vieles besser in der Organisation.“ Es wurde ihm hierauf zugerufen: „Ja, wir möchten unter dem Selbstbrennstein arbeiten!“ Durch diesen Ausspruch wird so recht bewiesen, wie wenig Interesse die Kollegen für die Tätigkeit in der Organisation hatten; denn dieses Gesetz hat doch die Organisation nicht unterbunden, und viele Lohnkämpfe wurden auch während dieser Zeit durchgeführt. Darum liegt also die Schuld nicht an unserer Leitung, sondern an den gleichgültigen Kollegen, die daheim saßen.

Kollegen! Wir, die wir jahrelang draußen waren und die Schreden des Krieges miterlebten, haben uns immer gefreut, wenn in der Heimat unser Verband von dem treuen alten Stamm aufrechterhalten wurde und für die Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen sorgte; wir wolkten uns heute aber nicht von einer Handvoll Querkpfen unsere jahrelange Arbeit vernichten lassen. Ist etwas verbesserungsbedrfutig im Verband, so wollen wir daran mitarbeiten; denn mehr als je ist jetzt eine starke Organisation notwendig. Es zeigt daher wenig von sozialistischem Geist, wenn man Kollegen, die ein halbes Menschenalter in der Arbeiterbewegung stehen, heute mit Schmutz bewirft.

Darum, Kollegen, nicht die Errichtung von Sonderverbnden, sondern unsere in allen Stürmen bewährte Organisation schaffi Euch das Beste! Sorgt für Stärkung des Verbandes und seid einig!

Adolf Jochsman n, Bielefeld.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstnde. Am 18. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab Legien einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente uns angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte. Erlange dieser Friedensvertrag Geltung, so seien auch die Errungenschaften der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß, einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder zu richten.

Hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens schlagi Sassenbach für jedes Gewerbe paritätische Zentral-kommissionen vor, die über Paß der Lehrjahre, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen ausarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen, sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen 3 Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamt-gewerbes untergebracht werden. Ferner müssen die Ausbildung der Lehrlinge grundfhlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungsschulunterricht müsse in die übliche Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kostgeld festzusetzen. Auch die Großindustrie müsse verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Betrieben einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im

Anschluß an praktische Betriebe einzurichten. Durch Zusammen-lehrwerksttten könnte die Werkstattlehre der Kleinbetriebe er-gnzt und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner sollen geeignete Maßnahmen für Whlung der Berufswahlkommissionen sowie für Berufsberatung getroffen werden, woran sich die Lehrstellenvermittlung anschließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommission zu regeln. Den jungen un-gelernten Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Aus-bildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, das die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlings-wesen geändert werden durch Ausschaltung der Handwerks-kammern und Innungen und Übertragung der Lehrlings-erziehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

ber die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte Umbreit, das das ge-waltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die imstande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, der Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeiterver-tretung, sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Bezirken, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelsstdten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden, berdauere sein und etwa 4 Wochen dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertretung und gegen-nerische Gewerkschaften und Angestelltenverbnde. Als Lehrer kommen die Gauleiter, Arbeitersekretre und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Generalkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Generalkom-mission mit, das für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Postkosten vom Reich gedeckt werden sollen. Mit dem Reichsstatistischen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verkürzung der Berichtstermine verhandelt werden.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Reichsernährungsminister Schmidt Anlaß, zu erklären, das in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken, oder wenn ein starkes auswärtiges Angebot von auswrdigen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande bekämpft werden. Letzter haben die Landarbeiter und Bauernrte dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtenapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterkrfte die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Einfuhr. Es sind deshalb wesent-liche Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen und auch bereits namhafte Abschlüsse für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Verordnungs-berechtigten verteilt, recht geringe Quanten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriearbeiter sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Einfuhr soll die Zentralkommission durch stärkere Beteiligung des freien Handels ersetzt werden. Die Konferenz fat das Er-gebnis der Aussprache in der Entschließung zusammen, das sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, das die Arbeiterschaft immer höhere Lohnforderungen stellen müsse.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Beschlussesberichtete Legier, das der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1898 auf dem Berliner Kongreß vorgeschlagen, aber aus Zweckmnglichkeits-gründen die Gründung eines Bundes vertagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, das eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriegruppe über das ganze Land ausdehnt“. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriegruppe“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Mrburg be-ginnt am 20. Juni. Vor dem Kongreß soll eine Konferenz der Arbeitersekretre am 27. Juni und die nächste Vorstandes-konferenz am 28. Juni in Mrburg stattfinden.

Der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes, der in Weimar tagte, hatte zu dem abgeschlossenen Tarifvertrage Stellung zu nehmen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, kamen mehrere Anträge zur Erledigung, die forderten, das die beiden Vorständen, Paeplow und Winnig, ausge-schlossen würden wegen ihrer „arbeiterfeindlichen Gesinnung und reaktionären Beisttung“. Der Verbandstag ging ohne Diskussion zur Tagesordnung über. Aus der Berichterstattung des Vorstandes ist hervorzugehen, das der Verband die Höhe des Mtzlerlohnstandes vor dem Kriege noch nicht erreicht hat; immerhin ist die Zunahme den Verhältnissen entsprechend eine gute. In der regen Diskussion spielte unter andern die Kriegspolitik der Gewerkschaften und sonstige politische Fragen eine erhebliche Rolle. Mit großer Mehrheit wurde dem Verbandsvorstand und der Redaktion Entlastung erteilt. Der neue Tarifabschluf, ebenso der vereinbarte Tarifvertrag für das Tiefbaugewerbe, wurden angenommen. Eine Erhöhung der Streikuntersttzungsstze gelangte zur Annahme. Auf Beschluß des Verbandsorgans kam auch die Frage der Sozialisierung des Baugewerbes zur Erörterung. Der Referent sprach sich grundfhlich für die Gesell-schaftung der Produktionsmittel im allgemeinen und für die

